Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk, bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefträger ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf, für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 18 — Mittwoch, 22. Januar — 1919

Neueste Nachrichten.

Die Nationalversammlung nach Weimar einberufen

Berlin, 21. Januar. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hat beschlossen, die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach **Weimar** einzuberufen. Die Berufung nach Weimar entspricht in der Hauptsache einem Wunsche der süddeutschen Staaten. Es ist **nicht** daran gedacht, auch die Reichsregierung nach Weimar zu verlegen.

Die Lage um Bromberg.

Bromberg, 21. Januar. (Drahtnachricht) Das Inf.-Regt. 14 nahm gestern nachmittag Bahnhof Netzwalde, Zamosch u. Thure. Angriffe polnischer Banden am 20. abends gegen Hopfengarten hatten anfangs Erfolg. Der Panzerzug vertrieb nachts die Polen aus Hopfengarten, erbeutete 3 Maschinengewehre und machte 9 Gefangene.

Neue Gewaltmaßnahmen der Polen.

Berlin, 20. Januar. Die Familien der Unteroffiziere usw. in Posen, zum großen Teil dort heimatständig, sind aus der Stadt **Posen** ausgewiesen worden und zwar in einer Form, die für sie die Zurücklassung und damit den Verlust ihres Eigentums bedeuten, da sich die Polen in die Wohnungen setzten. Das Gleiche ist in Ostrowo der Fall. In der Gegend von **Crohne** a. Brahe und in anderen gemischtsprachigen Bromberger und westpreußischen Bezirken werden die gedienten polnischen Mannschaften aufgefordert, sich nach **Hohensalza** zwecks Kämpfens für Polen möglichst mit Waffen und Munition — selbst große Messer sind erwünscht — zu begeben. Zur Aufbringung der Kosten der polnischen Soldaten wird bereits jetzt im Kreise Plessen durch den polnischen A. und S.-Rat eine Wochensteuer erhoben. Die Verordnungen des Posener polnischen Präsidiums sind nur polnisch gehalten, obwohl über $^2/_5$ der polnischen Bevölkerung der Stadt und zum großen Teile der polnischen Sprache gar nicht mächtig sind. In **Ostrowo** werden den deutschen Mietern auf Anordnung die Wohnungen gekündigt, während den Deutschen Eigentümern verboten wird, ihrerseits jemandem zu kündigen, sodaß also die deutsche Bevölkerung zur Auswanderung gezwungen wird.

Der Regierungspräsident in Bromberg als kommissarischer Vertreter der Provinz Posen.

Berlin, 20. Februar. (Drahtnachricht). Die preußische Regierung hat heute an den Oberpräsidenten in **Posen** und die Regierungspräsidenten in Posen und Bromber telegraphisch folgenden Erlaß gerichtet: Beauftrage Regierungspräsidenten Brombergs einstweilen als kommissarischen Vertreter des beurlaubten Oberpräsidenten und des beurlaubten Regierungspräsidenten Posens, ihre Amtsobliegenheiten wahrzunehmen, insoweit die gesetzlichen Vertreter in Ausübung der Amtsobliegenheiten von Posen aus tatsächlich behindert sind. Ueber jeweilige tatsächliche Machtverhältnisse in einzelnen Kreisen gibt das Kriegsministerium, Zentralstelle Ost, Auskunft. Im gleichen Umfange geht Zuständigkeit der Regierung und des Bezirksausschusses Posen einstweilen auf Bromberg über.

Amtliches Wahlergebnis für den Stadtkreis Bromberg.

Bromberg, 21. Januar. (Drahtnachricht.) Amtlich. Das Wahlergebnis für den Stadtkreis **Bromberg** ist folgendes:

Wahlvorschlag **Hermann** (Deutsch-Demokrat) 3103 Stimmen, Wahlvorschlag **Sagave** (Zentrum) 2032 Stimmen, Wahlvorschlag **Reinecke** (Deutsche Volkspartei) 9476 Stimmen, Wahlvorschlag Georg **Schulz** (Deutsch-national) 3935 Stimmen. Wahlvorschlag **Schulz** (Sozaldem.) 8118 Stimmen.

Generalstreik in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Januar. (Drahtnachricht). Heute nachmittag 2 Uhr hat hier der Generalstreik eingesetzt. Wie die „Brschw. Landeszeitung" berichtet, wird das Lichtwerk gesperrt, hingegen bleibt das Wasserwerk im Betrieb. Die Bevölkerung wird durch Bekanntgabe aufgefordert, sich nicht mit Wasser zu versorgen. Die Straßenbahn verkehrt nicht.

Die Wahlschlacht.

Die Wahlschlacht ist geschlagen — unter gewaltiger Beteiligung des gesamten deutschen Volkes. Alles ging zur Urne, was körperlich dazu imstande war, alles gab seinen Stimmzettel ab, der in der Urne zum Schicksal des Deutschen Reiches wurde. Die Parteien dürfen sich nicht einbilden, daß es ihre Wahlarbeit war, die am 19. Januar die Völkerwanderung in Stadt und Land zu den Wahllokalen verursachte. Vielmehr ist es eine Nachwirkung des ungeheuren Geschehens der jüngsten Vergangenheit, daß jeder Mann und jede Frau das Wahlrecht ausüben, um ihrem politischen und nationalen Willen Ausdruck zu geben. Und dieser Wille wurde zu einer Kundgebung für die Zukunft des deutschen Volkes, aber auch zu einer Ablehnung aller Versuche, Deutschland in das Elend des Bolschewismus zu treiben. Es liegt in der Technik des neuen Wahlsystems, daß nicht alle Ergebnisse so bald bekannt werden konnten wie sonst. Die großen Wahlkreise erschweren an sich die Ermittelung des Wahlausfalls in allen Stimmbezirken, während die Berechnung und die Verteilung der Sitze in der Nationalversammlung wieder verzögert wird durch die Zusammenlegung der Listen. Im günstigsten Falle kann das einigermaßen zuverlässige Ergebnis erst in ein paar Tagen bekannt werden. Aber auch dann ist noch mit Lücken und Fehlerquellen zu rechnen. Zunächst durfte Elsaß-Lothringen nicht wählen. Das ist ein Bruch der Waffenstillstandsbedingungen, die nur eine Besetzung dieser deutschen Provinzen vorsahen. Dagegen hat die Wahl in den anderen besetzten Gebieten im Westen ohne erhebliche Störungen vorgenommen werden können. Anders haben sich die Dinge im Osten angelassen. Das aufrührerische Vorgehen der Polen hat Tausende Deutschen von Haus und Hof getrieben, während ein anderer Teil durch die Schreckensherrschaft der polnischen Rebellen an der Ausübung des Wahlrechts gehindert wurde. Fast eine Million Stimmen, die wohl in der Hauptsache den bürgerlichen Parteien zugefallen wären, sind dadurch verloren gegangen und verschieben damit den Gesamteindruck des Wahlergebnisses. Daß es so kommen mußte, das ist eine Folge der östlichen Politik der Regierung, die, verhängnisvoll beraten, zu keinem Entschluß kommen konnte. Und doch war ihre Pflicht klar vorgeschrieben. Als sie am 10. November die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm, gehörte es zu ihrer Aufgabe, die Grenzen des Reiches gegen die Raffsucht der Polen und Tschechen zu verteidigen. Wären schon im November starke Verbände für den Ostschutz aufgeboten worden, so wäre uns der ganze polnische Jammer erspart geblieben. Wenn die Regierung die Zeichen richtig zu deuten vermag, so sieht sie an dem Ergebnis des Wahltages, daß das nationale Gewissen nicht eingeschlummert ist, sondern im Gegenteil leidenschaftlich aufbegehrt hat.

In Berlin sind die Wahlen ruhig verlaufen, wozu nicht nur das Aufgebot wohldisziplinierter Truppen beigetragen hat, sondern auch der wahrhaft überwältigende Aufmarsch der Wahlberechtigten. Indem sie alle zur Urne drängten, die Frauen voran, gaben sie zu erkennen, daß sie Recht und Ordnung wollen, daß sie jede Schreckensherrschaft ablehnen, wie sie noch vor zwei Wochen drohte. Diese starke Wahlbeteiligung, die ja fast überall im Reiche zu verzeichnen ist, ist auch eine Antwort auf den Schwindel der „Unabhängigen", daß das deutsche Volk zur Wahl noch nicht reif sei. Es hat nicht nur diese Reife, sondern auch die des Urteils bewiesen, da es den äußersten Radikalismus so gründlich ablehnte. Im allgemeinen bieten also die Wahlen ein zuverlässiges Spiegelbild der wirklichen Volksstimmung. Die bürgerlichen Parteien sind nicht untergepflügt worden, wie die Sozialdemokraten in reichlich übertriebener Siegeshoffnung annahmen. Der verlorene Krieg hat ja zunächst das überlieferte politische Parteiwesen in Deutschland zerrissen, so daß eine fast völlig neue Einordnung erfolgen mußte. Das hat ihre Wahlarbeit erschwert, zumal sie sich untereinander ebenso heftig befehdeten, wie sie das gegenüber der Sozialdemokratie taten. Zwar ist das Ergebnis der Wahl ein Bekenntnis zum freien Volksstaat. Das war zu erwarten. Das Volk will nicht den heiligen Boden des Reiches preisgeben, sondern das behaupten, was ihm die Geschichte und das unvergängliche Recht seiner nationalen und politischen Entwicklung zugetragen haben. Für die Parteien liegt darin eine Lehre, deren Mißachtung sich schwer rächen dürfte. Wir werden wieder aus den Wirrungen und Irrungen der Gegenwart herausfinden, denn nichts ist verbaut und verloren, wenn wir den Weg frei haben und frei behalten wollen.

Weitere Teilergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung.

Königsberg, 21. Januar. (Drahtnachricht). Das vorläufige Gesamtergebnis im 1. Wahlkreis, der **Ostpreußen** umfaßt, ist folgendes: Mehrheitssozialisten 347 419 (7 Sitze), Deutsche Demokraten 146 570 (3 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 89 210 (2 Sitze), christliche Volkspartei 65 029 (1 Sitz), Deutsche Volkspartei 63 485 (1 Sitz), Soldatenliste 40 257 (keinen Sitz).

Berlin, 21. Januar. (Drahtnachricht). Das vorläufige Gesamtergebnis aus dem Wahlkreise Berlin (3. Wahlkreis, der 14 Abgeordnete zu entsenden hat, ist folgendes: Mehrheitssozialisten 356 564 (5 Sitze), Unabhängige 275 915 (4 Sitze), Deutsche Demokraten 163 445 (2 Sitze), Deutschnationale 92 374 (1 Sitz), Deutsche Volkspartei 54 370 (1 Sitz), Zentrum 51 021 (1 Sitz). Abgegeben wurden 1 002 671 Stimmen.

Oppeln, 21. Januar. (Drahtnachricht). Im Wahlkreise Oppeln (10. Wahlkreis) ist folgendes Ergebnis zu verzeichnen: Zentrum 321 300 (8 Sitze), Mehrheitssozialisten 216 897 (5 Sitze), Deutschnationale 47 544 (1 Sitz), Deutsche Demokraten 45 633 (1 Sitz), Unabhängige 32 617 (keinen Sitz).

Breslau, 21. Januar. (Drahtnachricht). Das Wahlergebnis von Breslau, Stadt (9. Wahlkreis) lautet: Unabhängige 831 Stimmen, Mehrheitssozialisten 161 076 Stimmen, Deutsche Demokraten 47 995 Stimmen, Deutschnationale 39 876 Stimmen, Zentrum 42 976 Stimmen.

Chemnitz, 21. Januar. (Drahtnachricht). Das Ergebnis des 30. Wahlkreises in Sachsen ist folgendes: Mehrheitssozialisten 513 744 (8 Sitze), Deutsche Demokratische Partei 187 516 (3 Sitze), Deutschnationale 116 549 (1 Sitz), Unabhängige 55 794 (keinen Sitz), Zentrum 3699 (keinen Sitz).

Im 29. sächsischen Wahlkreise (**Leipzig**) sind gewählt: 2 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige, 2 Deutsche Demokraten, 1 Deutschnationaler.

Karlsruhe, 20. Januar. 33. Wahlkreis Baden: Deutschnationale 78 686 (1 Sitz). Zentrum 380 644 (5 Sitze), Demokraten 226 811 (3 Sitze), Sozialdemokraten 362 948 (5 Sitze).

Stuttgart, 20. Januar. 31. Wahlkreis Württemberg und Sigmaringen: Deutsche Friedenspartei 3504 (keinen Sitz), Zentrum 303 050 (4 Sitze), Württembergische Bürgerpartei, Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund 182 511 (2 Sitze), Demokraten 332 010 (4 Sitze), Sozialdemokraten 7 Sitze, Unabhängige 36 413 (keinen Sitz).

25. Wahlkreis **Niederbayern u. Oberpfalz**. (Vorläufiges Ergebnis). Es entfallen 5 Sitze auf die bayrische Volkspartei, 2 auf die Mehrheitssozialisten, 2 auf den bayrischen Bauernbund.

14. Wahlkreis **Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck**. Mehrheitssozialisten 361 406 (5 Sitze), Unabhängige 26 655 (keinen Sitz), Deutsch-Demokraten 216 087 (3 Sitze), Deutsche Volkspartei 61 404 (1 Sitz), Deutschnationalen 58 067 (1 Sitz), Christliche 8032 (keinen Sitz).

Störung der Wahl in Hamborn.

Der Berliner „Lokal-Anzeiger" meldet aus Duisburg: Eine vollständige Störung erfuhr heute die Wahl in dem von Spartakus stark bewohnten Hamborn. Schon am Nachmittag des Wahltages drangen bewaffnete Banden in die einzelnen Wahllokale ein, zerschlugen die Wahlurnen oder verbrannten sie auf der Straße, wo es auch zu regelrechten Kämpfen mit Leuten kam, die sich den Spartakisten entgegenstellten. Es gab mehrere Verwundete.

Verlegung der Freiwilligen-Truppen aus dem Innern Berlins.

Berlin. 20. Januar. (Drahtnachricht). Oberbefehlshaber **Noske** erläßt einen Befehl, in dem bestimmt wird, daß, nachdem der Wahltag vorüber und Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sei, die Freiwilligen-Truppen mit Ausnahme der Regimenter Reinhard und der Marinebrigade aus dem Stadtinnern verlegt werden. Für Ruhe und Ordnung in Berlin habe in erster Linie die Polizei mit Hilfe der Sicherheitswehr zu sorgen. Wo diese nicht ausreicht, seien Truppen anzufordern. Die Bürgerwehren der Vorortsgemeinden werden aufgelöst.

Gegen den Unfug der Unabhängigen.

Der „Vorwärts" schreibt: Aus Braunschweig wird gemeldet, daß zwischen dem 20. und 25. 1. ein ein- oder zweitägiger Generalstreik für ganz Deutschland proklamiert werden soll, der als Protest gegen die Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs und zugleich als Demonstration gegen die Regierung Ebert—Scheidemann gedacht sei. Braunschweig, die Hochburg der Unabhängigen, solle die Zentrale der Streikleitung sein. Die Delegierten der Unabhängigen vor allem aus Berlin, Braunschweig und Leipzig hätten nochmals beschlossen, unverzüglich den Rücktritt Ebert—Scheidemann zu fordern. Soviel wir bemerkt haben, sagt der „Vorwärts", sind die Arbeiter mit derartigen Unternehmungen nunmehr übersättigt. Ihr Verantwortlichkeitsgefühl sagt ihnen, daß unsere erschöpfte Wirtschaft die Arbeitsleistung jedes einzelnen brennend nötig hat.

Ein Helfershelfer Radeks verhaftet.

Wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, ist gestern der Sekretär Radeks, ein gewisser Guttmann, verhaftet worden. Man fand bei ihm wichtiges Material.

Haftbefehl gegen Eichhorn.

Gegen den verflossenen Polizeipräsidenten Eichhorn, wohnhaft Berlin, Langenbeckstraße 9, jetzt unbekannten Aufenthaltes, ist vom Untersuchungsrichter beim Landgericht ein Haftbefehl erlassen worden. Er ist dringend verdächtig, gegen verschiedene Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches sich vergangen zu haben. Der Haftbefehl rechtfertigt sich, wie der Berliner „Lokal-Anzeiger" schreibt, weil er sich verborgen hält und bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse Gelegenheit hat, ins Ausland zu entkommen.

Sitzung der Minister der Alliierten in Paris.

London, 20. Januar. (Drahtnachricht). Reuter. Communique meldet aus Paris vom 20.: Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Ersten Minister und Außenminister der alliierten Regierungen sowie der japanische Botschafter in Paris kamen heute morgen am Quai d'Orsay zu einer Sitzung zusammen. Der französische Botschafter in Rußland **Noulens**, der vor einigen Tagen aus **Archangelsk** zurückgekehrt ist, hielt einen Vortrag mit Einzelheiten über die Lage in Rußland. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Clemenceau über die Friedensverhandlungen.

Paris, 19. Januar. **Clemenceau** dankte für die Ansprachen von Wilson, Lloyd George und Sonnino und erklärte, seine Wahl sei notwendigerweise einer hohen internationalen Höflichkeit gegen das Land, in dessen Hauptstadt die Friedenskonferenz tagt, zu verdanken. Die Vergeltung müsse so groß sein, fuhr er fort, wie der angerichtete Schaden, damit die Völker frei von der Furcht vor einem plötzlich auftauchenden Feinde sich der Arbeit widmen könnten. Zum letzten Punkt der Tagesordnung übergehend, sagte Clemenceau: Die erste Frage sei die Verantwortlichkeit der Kriegsurheber, die zweite die Bestrafung der im Kriege begangenen Verbrechen, die dritte die internationale Gesetzgebung. Alle Mächte werden eingeladen, ihre Delegierten zur Behandlung dieser drei Fragen zu bestimmen.

Weiße Sklaverei.

Die Vereinigung für nationale und soziale Solidarität veröffentlicht einen Aufruf, der sich mit dem furchtbaren Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen befaßt. Wider alles Völkerrecht werden sie zurückbehalten, wobei noch ganz und gar und ungewiß ist, was Frankreich oder England mit ihnen planen. Die Gefahr, daß Deutschland zur Abwehr wider unerhörte Friedensbedingungen zu den Waffen greifen könnte, liegt überhaupt nicht vor, zumal wir im Osten und Südosten mit neuen polnischen und tschechisch-slowakischen Gegnern zu rechnen hatten.

Mit Recht erinnert der Aufruf daran, daß Frankreich sogar den Austausch der Gefangenen eingestellt hat, so daß heute noch Deutsche in französischen Lagern grausamer Behandlung ausgesetzt sind, die bei Fortdauer des Krieges bereits in die Heimat hätten zurückkehren können. Der Zweck des Zurufes ist, das menschliche Gewissen aller Völker der Erde aufzurütteln. Vor allem soll die Lauheit in Deutschland aufgepeitscht werden. Die neue Regierung hat bisher nichts getan, was an sich ein Armutszeugnis ist. Es sind doch immerhin achthunderttausend Mann, die in französischer und englischer Gefangenschaft schmachten. Wir müssen sie zurückhaben, weil es eine Schändung unserer nationalen Ehre ist, die Gefangenen über die Dauer der Kriegshandlungen hinaus in Feindesland zu belassen. Es ist vor allem die Pflicht der Nationalversammlung, nicht nur ein mannhaftes Wort, sondern auch eine mannhafte Tat zu wagen. Wir sind moralisch nicht wehrlos, wenn wir uns nur als starkes und noch immer mächtiges Volk fühlen. Und soll uns die Schmach in die Seele gebrannt werden, so sollen die Feinde wenigstens wissen, daß das Gefühl und die Erinnerung daran uns niemals verlassen werden. Die Volksgemeinschaft hätte dann neue Giftstoffe eingesogen, noch ehe der Friedenskongreß zur Errichtung des Völkerbundes gekommen wäre. Was an der Zurückbehaltung der Gefangenen über alles Maß schändlich ist, das ist, daß hier Rache und Vergeltung an wehrlosen Gefangenen geübt wird, die doch nur ihre Pflicht getan haben, als sie dem Ruf zur Verteidigung des Vaterlandes folgten. Wenn die Nationalversammlung am 6. 2. zusammentritt, so soll und muß eine ihrer ersten Taten die Befreiung unserer Gefangenen aus weißer Sklaverei sein.

Bolschewismus in Kurland.

Der Berliner „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Königsberg: Nach privaten Meldungen aus Kurland fluten die Truppen der reichsdeutschen und baltischen Landeswehr fluchtartig vor den Sowjettruppen zurück. Große Waffen- und Munitionsbestände gingen verloren hauptsächlich dadurch, daß die Kasernen in Riga und Mitau durch Landeseinwohner überrumpelt wurden. Die lettische bolschewistische Bevölkerung verübt vielfach Greueltaten und Brandschatzungen. In Wilkowischki fordern Flugblätter zur bolschewistischen Verbrüderung auf.

Rücktritt der polnischen Regierung.

Posen, 20. Januar. (Drahtnachricht). In einer Erklärung des neuen Ministerpräsidenten Paderewski wird, wie der „Kurier Posnanski“ aus Warschau berichtet, ausgeführt, daß die bisherige Regierung aus Gründen idealer Natur zurückgetreten sei. Die neu erstandene Regierung habe keinen Parteicharakter. Die erste Aufgabe der neuen Regierung werde die Durchführung der Wahl und die Einberufung des Landtages sein, in dem der gesamte Willen der Nation zum Ausdruck kommt. Der Landtag wird auf den 9. Februar einberufen. Vor allen Dingen werde die Regierung die Verteidigung der Grenzen, die Fürsorge für die Soldaten und die durch den Krieg geschädigte Bevölkerung, die Beschaffung von Lebensmitteln, die Wiederinbetriebsetzung der Fabriken sowie eine gesunde Finanzwirtschaft im Auge haben. Um alle diese Arbeiten ausführen zu können, sei es notwendig, daß das Verhältnis der polnischen Regierung zu den siegreichen Ententemächten durch eine Kundgebung erklärt werde, indem sie sich als ihre Bundesgenossen ansähen. Das Exposee schließt mit der Aufforderung zur tätigen Mitwirkung sämtlicher Parteien und Mitbürger.

Ostpreußische Provinzialversammlung.

Berlin, 19. Januar. Die Regierung hat angesichts der besonderen Verhältnisse in Ostpreußen eine Verordnung erlassen wegen Errichtung einer vorläufigen Provinzialversammlung. Mitglieder der Provinzialversammlung sind die in Ostpreußen gewählten Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung.

Übermals verschärfte Bedingungen.

Marschall Foch hat die verschärften Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand bis zum 17. Februar verlängert werden soll, in der Form eines Ultimatums gestellt. Er handelt dabei nicht aus eigenem Ermessen, sondern im Auftrage des obersten Kriegsrats der Verbündeten. Weil wir die verlangten Lokomotiven und Güterwagen nicht rechtzeitig ablieferten, werden wir bestraft. Daß nicht Böswilligkeit zur Verletzung der Fristen führte, gibt der Gegner selbst zu. Er verlangte erstklassiges Material, das wir in dieser Verfassung nach 4 Kriegsjahren überhaupt nicht mehr auf Lager hatten. Es mußten also Lokomotive für Lokomotive, Güterwagen für Güterwagen neu hergerichtet werden, eine Arbeit, die selbst in normalen Zeiten Monate erfordert haben würde. Statt dem Rechnung zu tragen, müssen wir neue 500 Lokomotiven und 19 000 Güterwagen abliefern. Das ginge vielleicht, wenn sich der Vielverband auch mit den Rumpelkästen zufrieden gäbe, die uns seinerzeit als Beute in den besetzten Gebieten zufielen. Allein Deutschland verfügte vor dem Kriege wenigstens über das beste rollende Material aller Eisenbahnverwaltungen Europas. Aus diesen Beständen wollen Frankreich und Italien ihren heruntergewirtschafteten Wagenpark wieder auffüllen. Allein noch Schlimmeres wird uns auferlegt. Wir sollen den größten Teil unserer landwirtschaftlichen Geräte ausliefern, ohne Rücksicht auf die Gefahr, daß unsere gesamte Ernährungswirtschaft zusammenbricht. Wir brauchen jeden Pflug, jede Egge und haben daran eher Mangel als Ueberfluß. Hier zeigt der Sieger sein wahres Gesicht. Menschliches Empfinden waltet überhaupt nicht mehr vor, selbst nicht in den bescheidenen Resten, die das Völkerrecht festgelegt hat. Die Feinde haben uns doch selbst immer vorgehalten, daß unsere Ernährung zusammenbrechen müsse, weil wir auf die Dauer nicht die notwendigen Geräte hätten. Eine Milderung dieser Bedingungen ist kaum zu erwarten, da es nun einmal die Absicht der Gegner zu sein scheint, uns das Rückgrat zu brechen. Sie lassen sich nicht genug sein mit den Opfern, die die völkerrechtswidrige Hungerblockade gefordert hat. Wir jammern auch nicht über die neuen unerträglichen Bedingungen. Was wir tun und tun dürfen ist, ihre Härte und Grausamkeit festzustellen. Sie wird sich in die Seele des Volkes einfressen, sie wird mit durch die Geschichte und die Zeit gehen. Und kein Völkerbund, keine Abrüstung kann etwas daran ändern, daß diese Härte und Grausamkeit ihre Vergeltung finden. Wir haben nun einen Vorgeschmack von dem, was der eigentliche Frieden bringt. Sehr viel bleibt dem Gegner nicht mehr zu tun übrig. Aber er wird seiner Beute nicht froh werden. Es gibt eine Gerechtigkeit im Völkerleben, deren Verletzung an den Urhebern sich immer gerächt hat. Und darauf vertrauen wir.

Wahlergebnisse des Landkreises Thorn.

Wahlbezirk	Dem.	Nat.	Zentr.	Soz.	Unabh.
Bachau	61	34	—	12	1
Balkau	65	9	—	4	—
Bildschön	8	87	—	—	—
Biskupitz	3	26	—	—	—
Gr.-Bösendorf	249	184	—	76	—
Browina	—	26	—	—	—
Culmsee	388	81	57	87	18
Dreilinden	—	—	—	—	—
Elisenau	—	—	—	—	—
Friedenau	10	17	—	1	—
Girkau	—	—	—	—	—
Gostgau	63	115	—	—	—
Grabowitz	6	108	—	4	—
Gramtschen	288	147	72	3	—
Grodno	—	—	—	—	—
Griffen	10	52	—	—	—
Gurske	34	197	—	3	—
Heimsoot	—	—	—	—	—
Hermannsdorf	105	64	—	4	1
Hohenhausen	116	21	—	3	—
Kompanie	36	88	—	—	—
Kostbar	63	163	2	21	—
Kunzendorf	2	32	—	—	—
Leibitsch	17	56	—	108	—
Lissomitz	6	4	3	—	—
Lonzyn	16	5	6	1	—
Luben	—	—	—	—	—
Lulkau	—	—	—	—	—
Mlyniec	59	14	—	—	—
Nawra	6	3	3	—	—
Neubruch	241	12	—	4	—
Neugrabia	108	47	2	5	—
Gr.-Nessau	25	107	—	34	—
Ober-Nessau	63	163	2	21	—
Ostichau	25	45	—	—	—
Ottlotschin	94	67	—	21	—
Thorn.-Papau	12	51	6	14	—
Dom. Papau	—	—	—	—	—
Pensau	280	48	—	54	—
Podgorz	877	318	67	398	—
Regencia	110	67	2	22	—
Rentschkau	150	103	—	2	—
Dt. Rogau	42	41	—	—	—
Gr. Rogau	74	78	—	13	—
Roßgarten	67	15	—	78	—
Rudak	373	256	5	248	18
Sachsenbrück	81	34	—	20	—
Scharnau	77	43	—	108	—
Schillno	115	69	—	4	—
Schönwalde	13	30	—	158	—
Schwarzbruch	196	95	—	34	—
Schwirsen	108	41	—	41	—
Segiein	151	32	—	—	—
Steinau	50	77	1	7	—
Stewken	123	181	57	3	—
Swierczynko	—	60	—	5	—
Turzno	14	18	—	5	—
Wibsch	12	19	1	2	—
Wolffserbe	8	26	5	—	—
Ziegelwiese	—	—	—	—	—
Zlotterie	18	89	—	23	—
Zusammen	5272	4395	291	1651	38

An Gesamtstimmenzahl von Stadt- und Landkreis Thorn übertrifft die deutsch-demokratische Partei somit entgegen der von anderer Seite gebrachten Meldung die deutsch-nationale Volkspartei erheblich. An dieser Tatsache werden auch die noch zu erwartenden kleinen Teilergebnisse nichts mehr ändern können.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 21. Januar 1919.

Die Wahlen zur Nationalversammlung in Westpreußen.

Westpreußen hat zur Nationalversammlung bekanntlich 11 Abgeordnete zu entsenden, während es im Reichstage mit 13 Sitzen vertreten war. Ueber das vorläufige Ergebnis liegt uns folgende Drahtnachricht vor:

Danzig, 21. Januar. (Drahtnachricht). Vorläufiges Ergebnis des 2. Wahlkreises (Westpreußen):

Mehrheitssozialisten	**176 454**
Deutsch-Demokraten	**149 887**
Deutschnationale	**111 054**
Christliche Volkspartei	**73 727**
Unabhängige	**27 588**

Voraussichtlich entfallen auf die Mehrheitssozialisten 5, auf die Unabhängigen keinen, auf die Deutschdemokraten 3, auf die christliche Volkspartei 1, auf die Deutschnationalen 2 Sitze.

Wenn sich daran nichts mehr ändert — die Ergebnisse aus den Landkreisen sind zum Teil noch unvollständig — so sind demnach folgende Wahlwerber gewählt:

Mehrheitssozialisten:

1. Gehl, Julius, Parteisekretär, Danzig.
2. Schulz, Hermann, Stadtverordneter, Elbing.
3. Simon, Anna, Sekretärin, Brandenburg a. H.
4. Neck, Walter, Gewerkschaftssekretär, Danzig.
5. Dr. Zint, Hans, Amtsrichter, Danzig.

Deutsche demokratische Partei:

1. Weinhausen, Friedrich, Reichstagsabg., Berlin.
2. Kloß, Katharina, Schulvorsteherin, Danzig.
3. Gleichauf, Wilhelm, Gewervereinsvorsitzender, Berlin.

Deutschnationale Volkspartei:

1. Schultz, Georg, Landgerichtsrat, Bromberg.
2. Dr. Schirmacher, Käthe, Schriftstellerin, Danzig.

Christliche Volkspartei:

1. Schümmer, Wilhelm, Arbeitersekretär,

Nach diesem Ergebnis haben die Mehrheitssozialisten in Westpreußen ebenso viel Sitze gewonnen, wie die Deutsche demokratische Partei und die deutschnationale Partei zusammengenommen, dagegen überwiegt die Zahl der bürgerlichen Mandate, zu denen auch das der christlichen Volkspartei gehört, die der Sozialdemokraten um eines.

Wenn in Westpreußen alle Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hätten, so wären etwa 86 000 Stimmen zur Wahl eines Abgeordneten erforderlich gewesen. In Wirklichkeit haben von rund 946 000 Wahlberechtigten nur etwa 540 000 bis 550 000 gewählt, während die übrigen 400 000 zu Hause blieben. Der größte Teil dieser Nichtwähler ist unter den Polen zu suchen, die im allgemeinen Wahlenthaltung übten.

Im Reichstage war Westpreußen durch 7 Konservative, 2 Nationalliberale, 1 Fortschrittler und 3 Polen vertreten gewesen. Die Sozialdemokraten hatten in Westpreußen kein Mandat.

Während der in der Deutschen demokratischen Partei vereingte Liberalismus wiederum drei Sitze behaupten konnte, haben die in der Deutschnationalen Volkspartei untergebrachten Konservativen genau so viel Sitze verloren, als die Sozialdemokratie gewonnen hat. Somit können die Konservativen das Bismarsche Wort vom Freisinn als Vorfrucht der Sozialdemokratie, das sie so gerne den Deutschdemokraten vorhalten, auf sich selbst anwenden!

— **Die Frage der Listenverbindung für die preußischen Wahlen.** Was die Frage der Listenverbindung für die Wahlen zur preußischen Landesversammlung angeht, so gilt auch hier der Beschluß des Hauptvorstandes der Deutschen demokratischen Partei, der nachstehend noch einmal wiederholt wird: „Die Deutsche demokratische Partei überläßt es den demokratischen Wahlbezirksleitungen, über eine etwaige Verbindung der Listen Beschluß zu fassen. Da es gilt, eine Mehrheit der Sozialdemokratie zu verhüten, so erklärt sie sich gegen eine Listenverbindung mit dieser Partei. Eine Verbindung mit reaktionären Richtungen ist abzulehnen.“

— **Zurückziehung sämtlicher russischen Kriegsgefangenen.** Das Generalkommando 17. A.-K. gibt bekannt: Die Mannschaftslager des Korpsbereichs sind anzuweisen, die noch auf Arbeitskommandos befindlichen russischen Kriegsgefangenen nunmehr sofort zurückzuziehen und zwar die dem Lager Danzig-Troyl angehörenden nach dem Lager Danzig-Troyl, alle übrigen, auf Arbeitskommandos befindlichen Kriegsgefangenen des Korpsbereichs nach dem Lager Czersk. Die Notwendigkeit der Unterbringung deutscher Arbeitskräfte erfordert einen beschleunigten Abschub der russischen Kriegsgefangenen. Die Arbeitgeber sind darauf hinzuweisen, daß die Zurückziehung der russischen Kriegsgefangenen im Einverständnis mit der Landwirtschaftskammer Danzig geschieht und daß es nunmehr nicht mehr möglich ist, ihnen die Kriegsgefangenen zu belassen. An keiner Stelle darf mehr Arbeit von Kriegsgefangenen verrichtet werden, wo sie von deutschen Arbeitern geleistet werden kann. Die Arbeitgeber sind nachdrücklichst anzuhalten, den benötigten Ersatz an Arbeitskräften — nach Berufsarten getrennt — bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis umgehend anzufordern, unter dem besonderen Hinweis darauf, daß es sich um „Kriegsgefangenenersatz“ handelt. Die Arbeitsnachweise werden Anforderungen für „Kriegsgefangenenersatz“ mit besonderer Dringlichkeit behandeln.

— **Versteuerung von Pacht- und Mietverträgen sowie Automaten betreffend.** Nach den Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes sind bis zum 31. Januar 1919 sämtliche für das Kalenderjahr 1918 in Geltung gewesene Pacht- und Mietverträge, sowie die an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Lokalen aufgestellten Automaten- und Musikwerke zu versteuern. Diejenigen Haus- und Automatenbesitzer, die dieser Verpflichtung noch nicht nachgekommen sind, werden hierauf aufmerksam gemacht.

— **Zuweisung von Kaffee an die Einwohnerschaft.** Wie wir erfahren, hat der Gouverneur, Generalmajor v. Groddeck, auf Anregung des Arbeiter- und Soldatenrats beschlossen, in Anerkennung der Haltung der Bevölkerung in der letzten Zeit, aus überschießenden Beständen des Prov.-Amts Kaffee zu verausgaben. Und zwar soll die Bevölkerung der Stadt auf Lebensmittelkarten pro Kopf 1 Pfund in 2 Raten erhalten, während der Landbevölkerung, die sich als Selbstversorger in der gesamten Ernährung bedeutend besser steht, auf den Kopf einhalb Pfund überwiesen werden soll. Dazu wird die Stadt 440 Zentner, der Landkreis 290 Ztr. erhalten. Die dann noch verbleibenden Reste sollen den Wohltätigkeitsanstalten zugewiesen werden.

— **Wer, aus dem Felde zurückgekehrt, ins Adreßbuch aufgenommen werden will,** lasse umgehend die erforderlichen Angaben dem „Thorner Adreßbuchverlag“ (Geschäftsstelle der Thorner Zeitung, Seglerstr. 11, Fernruf 46) zukommen. Aeußerste Frist 24. Januar. (Siehe Anzeige).

— **Raubmord.** Heute nacht wurde der Tischler Elszke auf seinem Grundstück in der Kapellenstraße überfallen und mit der Axt erschlagen. Ob und wieviel Barmittel den Tätern in die Hände gefallen sind, ist nicht bekannt. An Ort und Stelle sind drei Schweine abgeschlachtet und fortgebracht worden. Nach den Blutspuren zu urteilen, haben die Räuber das Fleisch in Säcken durch die Bergstraße zur Culmer Chaussee getragen. Die Gerichtskommission nahm den Tatort heute nachmittag in Augenschein. Näheres ist noch nicht bekannt.

— **Wegen Raubmordversuchs** wurde gestern der Bäckerstraße 11 wohnende, aber polizeilich nicht gemeldete Bernhard Nowacki, ohne Beruf, verhaftet. Er steht im Verdacht, den in der Bornstraße an dem Arbeiter Jenderzewski begangenen Raubmordversuch ausgeführt zu haben, indem er den Mann nachts überfiel, niederschlug und ihm den Mund mit Lappen verstopfte. Der Uebeltäter, der vergeblich nach Geld gesucht hatte und sich nur mit einigen Lebensmittelkarten zufrieden geben mußte, hat inzwischen eingestanden, die Tat mit Hilfe eines noch unbekannten Soldaten begangen zu haben.

— **Geplanter Ueberfall?** In der Nacht vom 18. zum 19. Januar 1919 wurde das Drahthindernis eines Forts der Festung Thorn an einer Stelle durchschnitten. Der Wachtposten, welcher das Geräusch hörte, gab Anruf, worauf auf ihn geschossen wurde. Als die Besatzung Maschinengewehrfeuer eröffnete, flüchteten die Täter.

— **Einbruchsversuch.** In der vergangenen Nacht sind in der Mauerstraße 54 sieben bewaffnete Soldaten in der Absicht zu stehlen eingebrochen. Eine im Erdgeschoß wohnende Frau besaß die Geistesgegenwart, durch das Fenster auf die Straße zu springen u. die Militärwache von dem Ueberfall zu verständigen. Dieser gelang es dann auch, fünf der Burschen auf frischer Tat festzunehmen, während die übrigen zwei entkamen. Den Uebeltätern wurde 1 geladener Browning, ein Dolch und ein dolchartiges Messer abgenommen.

— **Verhaftet** wurde gestern der Volontär Adolf Klolower, Gerechtestraße 23, unter dem Verdacht, dem Wirt des Viktoriaparks Lyskowski in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag 44 Hühner gestohlen zu haben. Der Bestohlene erkannte die in der Wohnung des Klolower noch vorgefundenen Hühner als sein Eigentum wieder. — Verhaftet wurde ferner der Hausdiener Johann Wojciechowski, in dessen Wohnung ebenfalls zwei Hühner vorgefunden wurden, die aus Diebstählen herrühren. Beide Täter wollen die Hühner von unbekannten Soldaten gekauft haben. Sie wurden dem Gericht zugeführt.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 22. Januar 1919: Wolkig, leichter Frost, strichweise etwas Schnee.

Marienwerder. Sprengung einer Wählerversammlung. Eine öffentliche Versammlung der hiesigen Kreisgruppe der deutschnationalen Volkspartei wurde Freitag noch vor ihrer Eröffnung gesprengt. Der Leiter, Oberlandesgerichtsrat Hoffmann, wurde mit Stöcken und Fäusten derartig mißhandelt, daß er aus mehreren Kopfwunden blutend sofort ärztliche Hilfe aufsuchen mußte. Der frühere Reichstagsabgeordnete Witt erhielt ebenfalls Stockschläge auf den Kopf. Einer der Redner, Obermaschinistenmaat Fuhrmann aus Danzig, wurde mit Faustschlägen aus dem Saale getrieben und hinterher auf der offenen Straße überfallen. Auch andere Teilnehmer wurden mißhandelt.

Rosenberg. Einen feierlichen Empfang bereitete die Stadt Rosenberg Donnerstag der aus dem Felde heimkehrenden Landwehr-Schwadron des 5. Kürassierregiments, die um 1 Uhr in einer Stärke von etwa 100 Mann von Deutsch-Eylau kommend, einrückte.

Hohensalza. Traurige Zustände. Das vollkommen in Händen der Polen befindliche Hohensalza, dessen Name auch schon in Inowroclaw zurückverwandelt ist, hat nach einem Bericht des „Kuj. Boten“ arg unter den Verhältnissen zu leiden. Durch die Ereignisse der letzten Wochen im Reich und in Preußen ist die **Stadt so gut wie von der Außenwelt abgeschnitten.** Darunter leidet natürlich Handel und Wandel ganz bedeutend, und große Werte gehen für die Allgemeinheit verloren. Auf Geschäfts- und Privatbriefe, die man vor Wochen hinaus sandte, erhält man infolge der Einstellung oder Unterbrechung des Bahnverkehrs selten Antwort. Als drohendes Gespenst erscheint auch die Kohlennot. Wie sich die Ernährungs-Frage in Zukunft gestalten wird, ist zurzeit noch gar nicht abzusehen. Durch den Belagerungszustand, der über die Stadt verhängt ist, ist auch das platte Land zum großen Teil abgeschnitten, wodurch die Geschäftsleute, bei denen die Landleute ihre Einkäufe besorgten, schwer geschädigt werden.

Bromberg. Ein Erkundungsvorstoß in Richtung Labischin drang nach Erstürmung der Brücke Alt-Domby und Oburzma bis auf etwa 1 Kilometer an Labischin heran. Es wurden 12 Gefangene, mehrere Fahrzeuge und Pferde eingebracht. Patrouillenkämpfe bei Ru-

und beiderseitiges Artilleriefeuer. Die kürzerwähnte Schleuse 6 liegt bei Mittenrf. Ein Panzerzug fuhr am 19. nachmittags bei Groß-Neudorf vor. Eine in dieser Gend stehende polnische Abteilung mit Artillerie ng bei seinem Herannahen kampflos zurück. nst nur Patrouillenkämpfe.

Thorner Schöffengericht.

Thorn, 18. Januar.

Als gefährliche Marktdiebin hatte sich die Sitdirne Stanislawa Hildebrandt von hier, s der Untersuchungshaft vorgeführt, zu verworten. Sie ist eine nicht weniger als 37 mal rbestrafte Person. Am 26. November v. Js. twendete die Angeklagte in dem Gedränge des ochenmarktes der Frau Veronika Bigalski s einer offenen Handtasche ein Portemonnaie t 39 Mark Inhalt. Der Diebstahl wurde aber ort bemerkt und die Spitzbubin verhaftet. Der richtshof erkannte auf ein Jahr 6 Monate Gegnis und 5 Jahre Ehrverlust. Von der Gegnisstrafe gelten 6 Wochen durch die Unterungshaft für verbüßt.

Ebenfalls wegen Diebstahls waren angeklagt 17jährige Besitzersohn Ludwig Minkolai der Bahnarbeiter Erich Jayn aus Klein sendorf. Sie hatten vom Januar bis Juli v. an der Thorner Kleinbahn nach Scharnau schäftigung gefunden. Ende Januar, Anfang bruar und am 14. Juli öffneten sie auf dem hnhofe Bösendorf mit einem Nachschlüssel, den hn in einem Thorner Eisengeschäft gekauft, n Dienstraum und entwendeten aus diesem eige Pfund Zucker, drei Stück Seife, 2 Pack Seipulver, 5 Pack Kaffeeschrot und 4 Sensenstreir. Der Staatsanwalt beantragte für jeden geklagten einen Monat Gefängnis. Der Gehtshof nahm aber an, daß die Burschen die Tat infolge von Verführung begangen hatten, und erkannte daher auf Grund des Gnadenerlasses auf Einstellung des Verfahrens.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

„Das kleine Häuflein der Liberalen", von dem Herr Lehrer Paul, der Vorsitzende der Deutsch-nationalen Volkspartei, in der letzten Versammlung so geringschätzig sprach, hat nun doch seinen Mann gestanden und trotz aller von der Gegenseite angewandten Mittel, das Ansehen der Deutsch-demokratischen Partei zu verkleinern, sich zu einem gewaltigen Faktor in der bevorstehenden Nationalversammlung ausgewachsen. Man muß über die Art der „Presse", diese Tatsache ihren Lesern gleich einer verzuckerten Pille mundgerecht zu machen, lächeln, und es ist ergötzlich zu dem Bericht über das Wahlergebnis in Thorn Stadt und Land zu lesen: „Das Wahlergebnis ist am günstigsten für die Deutsch-nationale Partei. Etwas überrascht (!) hat jedoch die starke Stimmabgabe für die demokratische Partei, die sich noch über die Ziffer der Mehrheitssozialisten erhob." Also überrascht ist die Presse über die hohe Stimmenzahl der Deutschdemokraten im Stadt- und Landkreise Thorn! Ich muß sagen, daß ich überrascht bin, daß die Zahl der Deutschnationalen eine so stattliche Höhe erreicht hat im Verhältnis zu den Städten des Westens. Aber trotz alledem hat natürlich niemand anders schuld als die demokratischen Wahlredner, die durch „rücksichtslose Agitation", wie die „Presse" schreibt, für ihre Partei Stimmung gemacht haben. Was wird aber die Presse dazu sagen, wenn erst das Gesamtergebnis feststeht und sie mit Schrecken wahrnehmen muß, daß das Kräfteverhältnis zwischen der Deutschnationalen und der Deutschdemokratischen Partei umgekehrt sein wird als erwartet? Die Presse versteht es ausgezeichnet, den von ihr in Thorn und Umgegend erzielten „Sieg" über die Deutschdemokraten um 103 Stimmen, oder will man nur den Stadtbezirk in Betracht ziehen, um 404 Stimmen, nicht zu verkleinern, denn sie bringt das Gesamtergebnis der Deutschdemokraten nicht im Verhältnis zu der von ihr vertretenen Partei, sondern zu den Mehrheitssozialisten, von denen die Deutschdemokraten doch eine bedeutend größere Stimmenzahl trennt als von der Deutschnationalen Partei. Aber wie kann man denn überhaupt auch nur wagen, die Deutsch-demokratische Partei mit der erhabenen Deutsch-nationalen Partei zu vergleichen, die sich beispielsweise in der Stadt Hannover eines so hohen Ansehens erfreut, daß von den mehr als 300 000 Einwohnern ganze 5303 Stimmen auf die Deutsch-nationale Partei entfielen.

Man hatte öfters schon Gelegenheit, in der Thorner „Presse" zu lesen, daß Reibereien, Streitereien oder Hetzereien stets von Seiten der Anhänger der demokratischen Partei oder, wie es oft ausgedrückt wird, durch die demokratische Presse angefangen werden. Man nehme nun einmal die gestrige „Presse" zur Hand und überzeuge sich, von welcher Seite eigentlich der Anfang geschaffen wird. Spaltenlange Artikel konnte man lesen, in denen alles mögliche hervorgebracht wurde, den Reigen zu neuen Reibereien zu eröffnen. Also wer beginnt mit diesen von vielen Seiten verpönten Hetzereien?

M.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 22. Januar 1919.

Baptistengemeinde (Heppnerstraße). Abends 7 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Herr Pred. Wesser.

Neueste Nachrichten.

Die Besetzung deutsch-oestereichischen Gebietes.

Wien, 20. Januar. (Drahtnachricht). Auf die wiederholten Proteste der deutsch österreichischen Regierung wegen Besetzung deutsch-österreichischen Gebietes durch die Nachbarstaaten antwortete die großbritannische Regierung, daß auch nach ihrer Ansicht die Frage der Gebietsabtrennung Deutsch-Oesterreichs und der angrenzen Staaten endgiltig von der Friedenskonferenz zu entscheiden sein wird.

Das Befinden des früheren deutschen Kaiserpaares.

Amsterdam, 20. Januar. (Drahtnachricht). Die Niederländische Telegraphenagentur meldet aus Amerongen, daß der frühere deutsche Kaiser und seine Gemahlin jetzt soweit wieder hergestellt sind, daß sie ihre frühere Lebensweise wieder aufnehmen können.

Unruhen in Italien-

Rotterdam, 20. Januar. (Drahtnachricht). Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet „Daily News" aus Rom vom Sonnabend, daß es am Freitag in Mailand zu schweren Zusammenstößen zwischen politischen Vereinigungen und Sozialisten kam, wobei Militär einschreiten mußte. Eine Anzahl von Personen ist verhaftet worden.

Brennspiritusmarkenausgabe

Verteilungsamt II, Brückenstraße 13

Mittwoch, den 22. Januar, in der Zeit von 12 bis 2 Uhr.

sind bezugsberechtigt: nur Inhaber der neuen gelben Bezugsausweise von Nr. 1 bis 600

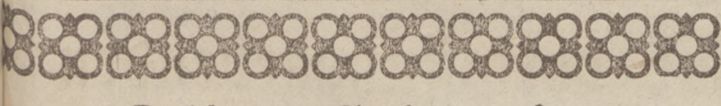
Inhaber der blauen Bezugsausweise von Nr. 550 bis Nr. 600 am 15. Januar keine Spiritusmarken empfangen haben.

Außerdem werden zwischen 2 und 3 Uhr noch 150 Stück Spiritusmarken an alte und kranke Personen aufgrund der alten Bezugsausweise gegeben.

Bei der Verteilung dieser Marken werden nur diejenigen Personen berücksichtigt, welche bei den beiden letzten Ausgaben leer ausgegangen sind.

Thorn, den 21. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.



Sozialdemokraten auf dem Lande!

versorgt Euch mit

Stimmzetteln der sozialdemokratischen Partei zur Wahl der preußischen Landesversammlung

am 26. Januar 1919.

Der sozialdemokratische Stimmzettel beginnt mit dem Namen

Richard Wende

Gewerkschaftssekretär, Bromberg.

Stimmzettel sind in der Geschäftsstelle Thorn, Neust. Markt 21, Gouverneursgebäude, 1 Treppe, zu haben.

Der Parteivorstand.

Die Stimmzettel der Deutschnationalen Volkspartei

für die

Wahl zur preußischen Landesversammlung

beginnen mit den Namen

Weissermel-Reinhard.

Sie können von unseren Vertrauensmännern für Stadt und Land in erforderlicher Anzahl von unserer Geschäftsstelle, Elisabethstr. 5, Fernspr. 576, abgeholt werden.

Deutschnationaler Volksverein

Stadt- und Landkreis Thorn.

Der paritätisch städtische Arbeitnachweis

befindet sich vom 22. Januar 1919 ab im

Rathaus, Zimmer 28, 1 Treppe.

Desgl. die Kriegsinvaliden-Fürsorge. Fernsprech-Nummern 621—624.

Raubmord.

Heute nacht wurde der

Tischler Elske

auf seinem Grundstück in der Kapellenstraße erschlagen und beraubt. Es sind auf seinem Grundstück 3 Schweine geschlachtet und fortgebracht worden. Nach den Blutspuren zu urteilen, haben die Täter das Fleisch in Säcken durch die Bergstraße zur Culmer Chaussee getragen.

Zweckdienliche Angaben über den Verbleib des Fleisches und etwaige Blutspuren, die auf der Straße heute früh im frisch gefallenen Schnee bemerkt worden sind, sind an den **Militärpolizeimeister Neust. Markt 21** zu richten.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **Oskar Schlee Nachf. Inh. Willi Simon**, hierselbst ist ein Zwangsvergleich mit 20% geschlossen worden. — Zu berücksichtigen sind Mk. 76777.45 nicht bevorrechtigte Forderungen, die bevorrechtigten Forderungen sind bezahlt. — Die Schlußrechnung liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Amtsgerichts aus. —

Thorn, den 21. Januar 1919.

Robert Kriem,
Konkursverwalter.

Bekanntmachung

zur Vergebung der Lieferung von Granit- oder Basaltschotter und Kies für die Herstellung von nachstehenden Neuschüttungen.

Los 1.
Für die Neuschüttung der Culmer Chaussee von der Janitzen- bis zur Roßgartenstraße.

Los 2.
Für die Bismarckstraße von der König- bis zur Schlachthausstraße.

Los 3.
Für die Schlachthausstraße von der Leibitscherstraße bis zum Schlachthause.

Los 4.
Für die Geretstraße von der Grützmühlen- bis zur Lindenstraße, haben wir einen Termin auf

Sonnabend, 1. Februar 1919,
vormittags 10 Uhr,

festgesetzt. Verdingungsunterlagen können während der Dienststunden von Montag, den 20. d. Mts. ab im Stadtbauamt eingesehen, oder gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten von 1,00 M. für jedes Los von dort bezogen werden.

Die Angebote sind als solche äußerlich kenntlich zu machen und an den Magistrat, zu Händen des Herrn Bürodirektor **Koch**, Rathaus, Zimmer Nr. 19, mit den durch Unterschrift anerkannten allgemeinen Bedingungen einzureichen.

Thorn, den 14. Januar 1919.

Der Magistrat

Erfahrener tüchtiger

Vorschnitter

mit 30—40 Leuten zum 1. März auf hiesige 2000 Morgen große Domäne mit Hackfruchtbau gesucht. Angebote an Domänen-Pächter **Hartmann, Guevzow**, Kreis Demmin, Vorpommern

---

1 Mädchen

für Alles bei gutem Gehalt sucht
Artushof

Haararbeiten

fertigt billig an
Gehrz, Damen-Friseur,
Altst. Markt 21, 2

Lohnschnitt

für ein Vollgatter übernimmt
Georg Michel,
Dampfsägewerk u. Holzbearbeitungsfabrik.
Thorn-Mocker, Fernsprecher 661

Nähmaschinen

gegen Teilzahlung verkauft
Brückmann Thorn, Schloßstr. 14, II.

---

1 elegantes Sofa, 2 Sessel rotplüsch, 1 elegantes Schlafzimmer dunkel Eiche, 1 Buffet nußbaum, 1 Salonspiegel nußbaum, 1 Repositorium mit Spiegelscheibe, 1 großer Ausziehtisch, 1 antiker Spiegel mahagoni, 1 antiker Sessel, 2 antike Schränke zu verkaufen bei **Nathaniel**, Baderstraße 20. — Telefon 805.

Die Hungerblockade der Feinde Deutschlands hat infolge der ungenügenden Ernährung eines großen Teiles der Bevölkerung die Sterblichkeit stark gesteigert. Besonders groß ist sie bei den Säuglingen.

Da die Rüstungsindustrie abgebaut wird und somit eine Verwendung der aus den Hausschlachtungen abzuliefernden Speck- und Fettmengen für ihre Arbeiter nicht mehr in Frage kommt, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts bestimmt, daß anstelle der Rüstungs-, Schwer- und Schwerstarbeiter

die heranwachsenden Kinder, die werdenden und stillenden Mütter, die Kranken und sonstigen notleidenden Teile der Bevölkerung, insbesondere in dichtbevölkerten Gebieten

aus den gesammelten Speck- und Fettmengen vorzugsweise versorgt werden sollen.

Selbstversorger! Liefert aus den Hausschlachtungen nicht nur die nach § 11 Abs. 2 und 3 der Verordnung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1917 R.-G.-Bl. S. 919 bestimmten Mengen an Speck oder Fett an die zuständige Sammelstelle des Kreises ab, gebt auch über die Pflichtmenge

freiwillig

an die Sammelstelle ab. Ihr helft dadurch für die bessere Ernährung der heranwachsenden Kinder, der werdenden und stillenden Mütter, der Kranken und sonstigen notleidenden Teile der Bevölkerung sorgen und das durch den Krieg so schwer heimgesuchte Vaterland wieder aufbauen. Deshalb gebt nicht allein

freiwillig,

sondern auch

reichlich.

Auch für jede freiwillige Gabe erfolgt Bezahlung durch den Kommunalverband nach den bekannten Sätzen.

Die aus den Hausschlachtungen entfallenden Mengen an Speck und Fett verteilt der Herr Oberpräsident der Provinz Westpreußen an die Kommunalverbände der Provinz, die für die Abgabe an die Empfangsberechtigten sorgen werden.

Danzig, den 17. Januar 1919.
Tgb. Z. 149/19

Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Westpreußen.

Landwirte!

Laßt durch Vertrauensleute die

demokratischen Stimmzettel

beginnend mit dem Namen

Schmiljan

sofort abholen.

Geschäftsstelle Coppernikusstr. 14 II
Fernruf 186.

Deutsche demokratische Partei

Grabowitz.

Volks-Versammlung

am 22. Januar, nachmittags 6 Uhr
im Gasthause des Herrn Bielitz.

„Die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung."

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreichen Besuch gebeten.

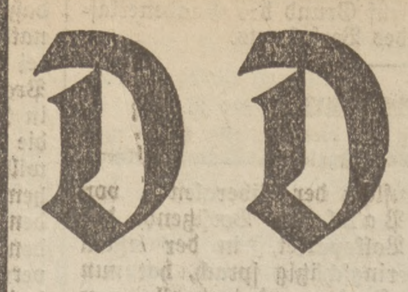
Die Einberufer.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- und Anstandslehre wieder auf.
Neueste Tänze.

Beginn am 11. Februar im Hotel „Drei Kronen". Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steinert erbeten.

Hans Held Lehrer der Tanzkunst.



Deutsche demokratische Partei.

Freie deutsche Volksrepublik!
Volle politische Gleichberechtigung für alle!
Scharfe Abwehr einseitiger Klassenherrschaft!
Entschlossener Kampf gegen polnische Vergewaltigung!
Baldiger Frieden, wirkliche Freiheit, gesichertes Brot!
Nieder mit den konservativen („deutsch-nationalen") Kriegsverlängerern!
Nieder mit der unfähigen sozialdemokratischen Parteiherrschaft!

Wählt den Kandidaten der deutschen demokratischen Partei!

Der Stimmzettel der **DDP** beginnt mit dem Namen

Schmiljan

Deutsche demokratische Partei.

Mittwoch, den 22. Januar 1919, abends 7½ Uhr
im großen Saal des Schützenhauses

öffentl. Versammlung

Vortrag:

Die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Referent: Herr Bürgermeister **Winkler**, Graudenz. Freie Aussprache.

Es wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Reichskrone.

Katharinenstraße Nr. 7. — Saal im Hof. — Katharinenstraße Nr. 7.
Täglich ab 6 Uhr abends

Tanzkränzchen

Tivoli.

Mittwoch, den 22. Januar 1919

Großes Familien-Kränzchen

Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Ein alter Drehschemel

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter Nr. **216** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Versetzungshalber ist die von Herrn Generaloberarzt Goßner bewohnte

6 Zimmer-Wohnung

hochherrschaftlich mit Warmwasserheizung und reichlichem Zubehör Mellienstraße 21 nächste Nähe der Stadt) per 1. 4. zu vermieten.

Friedrich Hecktor.
Breitestraße 32, I — Telefon 635.

Die von Herrn Hauptmann **von der Lippe Mellienstr. 20**, hochpt. innegehabte

Wohnung

ist vom 1. 4. 1919 ab versetzungshalber zu vermieten. Näheres zu erfragen Waldstr. 15, Erdgeschoß.

Ein kleiner, heller

Laden,

Elisabeth- und Strobandstr.-Ecke 12/14 Eingang Strobandstr., mit 2 Schaufenstern und darunterliegendem Keller, Gas, Elektrisch, Wasser und Zentralheizung versehen. Auf Wunsch auch ein kleines Zimmer mit Balkon in 4. Etage ist per sofort oder auch später zu vermieten.

Gustav Heyer,
Breitestraße 6. Fernruf 517.

Gut möbliertes

Wohn- und Schlafzimmer

zu vermieten. Coppernikusstr. 18, I

---

1 Lagerraum

in dem Schuppen der Handelskammer am Hauptbahnhof vom 1. April 1919 zu vermieten

C. B. Dietrich & Sohn, G. m. b. H.,
Thorn, Breitestr. 35.

1, 2 oder 3 möblierte Zimmer

mit Küche oder Kochgelegenheit von sofort gesucht. Offerten unt. **Z. R. 217** an die Geschäftsst. dieser Ztg.

Vermißt.

Seit dem 6. Januar d. Js. wird mein Sohn, der

Kanonier Franz Schwagereit,

zuletzt beim Ers.-Batl. Inf.-Regt. 21, 4 Komp., Thorn vermißt.

Kameraden, welche irgendwelche Auskunft über den Genannten geben können, werden ersucht, diese an untenstehende Adresse zu richten.

Ebenso wird sein Freund **Paul Lenk**-Thorn um eine diesbezügliche Nachricht gebeten.

Franz Schwagereit,
Bäckermeister,
Elbing Wpr., Gr. Wunderbergstr. 39

Stadt-Theater

Mittwoch, 22. Januar, nachm. 3 Uhr:
Kl. Preise! Märchenvorstellung.

„Hänsel und Gretel".

Abends 7½ Uhr! Literarischer Abend!
Außer Abonnement! Neu einstudiert!

„Der Strom"

Donnerstag 23. Jan. 19, 7½ Uhr:
Zum 4. Male!

„Fürstenliebe".

---

1 bis 2

möbl. Zimmer

mit voller Pension vom Herrn ab 1. 2. gesucht. Offerten mit Preisangabe erbeten unter **J. W. 218** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Ein leeres Zimmer

von alleinstehender Dame zum 1. 2. gesucht. Offerten unt. **Z. 219** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

In der Nacht vom 16. zum 17. sind in Katharinenflur durch Leute in Uniform

2 Pferde gestohlen

worden. Ein Fuchswallach, klein, breit und sehr kräftig, kaltblut, im 3. Jahre, große Blesse, weiße Füße, hinten unbeschlagen. Ein Rappwallach leicht und älteres Pferd, mit Stern.

Für Wiederbringung hohe Belohnung. Meldungen erbeten an

Fritz Ulmer
Thorn-Mocker, — Fernruf 53.
oder
Kasimir Walter
Thorn-Mocker, Geretstraße 49.
Fernruf 93.